

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 33.— einschl. Postbestellgeb.
Einzelnummern 50 Pfg. = Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Reutenburg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober deren
Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. :: Reklame-
zeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auslastung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 64

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 17. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Bei den Verhandlungen mit der Regierung über die Arbeitslöhne ist es zu einer Einigung gekommen. Am Freitag wird die Reparationskommission ihre Entscheidungen über die deutschen Zahlungen bekannt geben.

Frankreich hat beim Völkerrat beantragt, die Dauer der Militärkontrolle in Deutschland auf weitere 8 Jahre festzusetzen. (Sehr bezeichnend für Poincarés Politik. D. Red.)

Die gestern von der „Daily Mail“ gebrachte Notiz, wonach die Konferenz in Genoa nicht stattfinden sollte, findet keine amtliche Bestätigung. Vielmehr hat der italienische Völkerrat in Berlin eine Note überreicht, wonach die Konferenz am 10. April ihren Anfang nimmt.

Poincaré wird am dritten nationalen Kongreß der Frontkämpfer in Straßburg am 21. Mai teilnehmen. In seiner Begleitung wird sich Barthou befinden.

Die bei Daar Drins (Bezirk Melilla) zusammengezogenen spanischen Truppen haben die Operationen wieder aufgenommen.

Der deutsche und französische Steuerzahler.

In den französischen Kammerdebatten der letzten Wochen war die Frage, ob der Bürger der alliierten Staaten unter einem größeren Steuerdruck stehe als der deutsche, Gegenstand lebhafter Diskussion.

In der Tat ist die Frage der steuerlichen Belastung in Deutschland und den alliierten Ländern von weittragender Bedeutung; rührt sie doch an den Kernpunkt des ganzen Reparationsproblems: die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Bekanntlich soll nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Reparationskommission bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands darauf achten, daß das deutsche Steuersystem verhältnismäßig ebenso schwer ist, wie das der stärksten Länder innerhalb der Reparationskommission.

Nun ist der Steuerdruck in keinem Lande so groß wie in Deutschland. Wir wollen uns nicht berufen auf das Urteil der Sachverständigen der alliierten Mächte auf der Brüsseler Konferenz im Jahre 1920, die erklärten, daß, da bis zu dem damaligen Zeitpunkt der direkten Steuern erreicht hätten, im fiskalischen und wirtschaftlichen Interesse eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sei. Die deutsche Regierung hat trotz dieses Urteils und trotz der steigenden Geldentwertung, die an sich schon härter gewirkt hat als neue Steuern, an einem starken Ausbau des gesamten Steuersystems gearbeitet. Nur die Einkommensteuer wurde, um der auf den 25. Teil der Friedensmark gesunkenen Kaufkraft der Mark in etwas gerecht zu werden, für die unteren und mittleren Einkommen ermäßigt; eine Maßnahme, deren Berechtigung nunmehr auch im Ausland anerkannt wird.

Will man zu wirklichen Vergleichen der steuerlichen Belastung kommen, so muß man von der inneren Kaufkraft des Geldes in den einzelnen Staaten ausgehen. Einige Beispiele mögen zeigen, zu welchen Resultaten man dann kommt.

In Deutschland zahlt ein unverheirateter Steuerpflichtiger bei einem Arbeitseinkommen von 30 000 M. 7,4 Prozent seines Einkommens an Einkommensteuer, während ein Einkommen gleicher innerer Kaufkraft in England und Frankreich steuerfrei ist. Bei einem Einkommen von 50 000 M. sind in Deutschland 8,4, in England 4,5 und in Frankreich nur 2,75 Prozent, bei einem Einkommen von 100 000 M. in Deutschland 15,5, in England 10,5 in Frankreich gar nur 5,5 Prozent des Einkommens zu zahlen. Diese wenigen Ziffern reden eine so eindringliche Sprache, daß sie einer Erklärung nicht bedürfen. Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Vergleichung der Belastung des Unternehmergewinnes.

Würde man zu der Einkommensteuer den ganzen Komplex der Besitzsteuern, der nach Verabschiedung der neuen Gesetzesentwürfe eine in dieser Schwere in keinem Lande der Welt bekannte Belastung des Vermögens bedeutet, hinzurechnen, so würden die Ziffern noch ganz an-

dere Unterschiede aufweisen. Man hat nun auf der Gegenseite den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß einzelne Verbrauchssteuern dort höher sind als bei uns, ohne zu bedenken, daß auch die sog. direkten Steuern, z. B. die Einkommensteuer, letzten Endes die Person des Verbrauchers treffen. Und wenn man ausrechnet, daß in den alliierten Ländern der Ertrag von Verbrauchssteuern pro Kopf der Bevölkerung größer ist als bei uns, so vergißt man die einfache Tatsache, daß der auf den Einzelnen entfallende Verbrauch in dem verarmten Deutschland bedeutend geringer ist als in den Ländern mit günstigeren Wirtschaftsverhältnissen. Die steuerliche Belastung in einem Lande kann nur dann wirklich berechnet werden, wenn man zweifelsfrei feststellt, welches Einkommen der Einzelne im Durchschnitt bezieht und was ihm nach Abzug der Steuern zum Leben verbleibt. Stellt man fest, was nach Abzug sämtlicher Steuern dem Einzelnen im Durchschnitt zum Lebensunterhalt von seinem Staate gelassen wird, so ergibt sich bei Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes, daß dem Franzosen nach den Zahlen des Völkerbundes fast das Vierfache, nach den Zahlen französischer Sachverständiger immerhin mehr als das Doppelte des dem Deutschen zur Verfügung stehenden Betrages verbleibt.

Es ist nicht recht verständlich, wie man trotz dieser leicht vermehrbaren und leicht nachzurechnenden Zahlen immer wieder die alten Vorwürfe gegen Deutschland erhebt, daß die deutschen Bürger geringer mit Steuern belastet seien, als die Angehörigen der alliierten Länder. Auf die Dauer allerdings wird man sich der Beweiskraft unbestreitbarer Zahlen nicht verschließen können.

Die Not der Zeitungen.

(Kundgebung der Zeitungsverleger.)

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Not der deutschen Presse nunmehr ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat, die Gefahrenzone überschritten und die Krisis im vollen Gange ist, ja, daß das Sterben der deutschen Zeitungswelt bereits einen erschreckenden Umfang erreicht hat, hatte der Verein deutscher Zeitungsverleger am Montag, den 13. März, nach Weimar eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, in der insgesamt 1827 deutsche Verleger und Herausgeber der Zeitungen aller Parteien und Richtungen vertreten waren. Die Einmütigkeit der Versammlung und der gemeinsame Wille zur Ausblossung aller Kräfte fanden ihren Ausdruck in der geschlossenen Annahme folgender Kundgebung:

„Wiederholt sind die Notrufe der deutschen Zeitungen in die Öffentlichkeit gedrungen, aber der furchtbare Zwang der Verödung in Zustände, die man vor nicht langer Zeit noch für undenkbar hielt, hat es mit sich gebracht, daß diesem bedenklichen Symptom einer besonderen Gefährdung des öffentlichen Lebens nicht die Aufmerksamkeit zuteil geworden ist, die notwendig gewesen wäre, das Schlimmste zu verhüten.“

Das Zusammenbrechen der Zeitungen hat erst mit einer Reihe in der großen Öffentlichkeit weniger beachteter Einzelfälle begonnen; es schreitet weiter, und die Beratungen, die zwischen einer großen Anzahl von Vertretern zum Teil sehr bekannter und alter deutscher Zeitungen und ihrer Berufsorganisation notwendig gewesen sind, erbrachten die Gewissheit, daß Zeitungen aller Art, kleine, mittlere und große, in kurzer Zeit zur Stilllegung oder mindestens zu weitgehenden Betriebseinschränkungen gezwungen sein werden.

Schuld daran ist vor allem eine nur dem Namen nach freie Wirtschaft, bei der in Wirklichkeit die deutsche Presse der rücksichtslosen Preisdiktatur der Syndikate ausgesetzt ist. Die Papierfabrikanten schiken sich an, den Preis, der schon im Januar auf das Fünfunddreißigfache des Friedenspreises gestiegen war, für die nächste Zeit auf das Fünfzig- bis Sechzigfache des Friedenspreises zu erhöhen. Das übersteigt alles, was selbst in diesen Zeiten der Teuerung dagesessen ist, wenn man bedenkt, um welche Mengen Druckpapier es sich handelt und welche enormen Gewinne aus dem Holzstoff und dem Papier herausgewirtschaftet werden. Diese Lasten sind nicht mehr zu tragen.

Auf der Versammlung in Weimar sind über die Zustände in zahlreichen Zeitungen aller Art und über verzweifelte Rettungsversuche ersichtliche Tatsachen bekannt worden. Es steht zu befürchten, daß von heute auf

morgen Stilllegungen großer Betriebe eintreten. Wir bitten dringend, keine derartigen Schritte zu tun, ohne vorher mit der Berufsvertretung in jedem Fall erwogen zu haben, ob nicht doch eine Notstandsmaßnahme möglich und praktisch durchführbar erscheint. Unumgänglich erscheint allerdings eine scharfe Einschränkung der gesamten Betriebe.

In letzter Stunde erheben die Verleger der deutschen Tageszeitungen ihre warnende Stimme angesichts einer Gefahr, die nicht nur eine große Gruppe von Privatunternehmungen bedroht, sondern eine Einschränkung des öffentlichen Lebens, von deren Unentbehrlichkeit und dringender Notwendigkeit man sich vielleicht leider erst überzeugen wird, wenn es zu spät ist. Schon vermag die deutsche Presse fast keine Auslandsvertreter zu unterhalten. Schon reisen geschäftige Agenten von Ort zu Ort, um nicht nur große, sondern selbst mittlere und kleinere Zeitungen zu „retten“ auf eine Weise, die sie in die Hörigkeit unbekannter Mächte und fremdländischen Kapitals bringen wird.

Wir fordern die Reichsregierung, den Reichstag, die parlamentarischen Körperschaften in den Ländern auf, an die Stelle der Betenungen ihrer hohen Meinung von der Presse und der platonischen Einsicht in die Dinge die Tat treten zu lassen.

Wir fordern strengste Maßregeln dagegen, daß die deutsche Presse gebunden ausgeübt wird einer grenzenlosen Preistreiberie und Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holzes, der Kohle, aller Produkte des Papiers. Wir fordern die Sperrung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, solange nicht das Papier für die deutsche Presse zu erträglichen Preisen sichergestellt ist. Wir fordern ferner die Aufhebung und künftige Unterlassung jeder Sonderbesteuerung der Presse.

Unsere deutschen Verleger aber bitten wir, auf dem Wege der Selbsthilfe mit uns in Verbindung zu bleiben und, wenn die Stilllegung der Zeitungen mangels eines Eingreifens der Regierung unabwendbar wird, gemeinsam zu handeln nach den Beschlüssen, zu denen wir dann noch eine allgemeine Verlegerversammlung einberufen werden.

Die Zeitungsleser machen wir darauf aufmerksam, daß die Bezugs- und Anzeigenpreise, die in den Zeitungen für den 1. April angekündigt werden, ausnahmslos nicht einmal die Kosten des Papiers decken, und daß daher für sämtliche Zeitungen nichts übrig bleiben kann, als auf diesem miserablen Wege bis zum Zusammenbruch weiterzugehen oder die Stilllegung bereits zum 1. April vorzunehmen in den Fällen, in denen die ungeheure Belastungsprobe nicht einmal mehr auf Wochen auszuhalten ist. Die Verantwortung für die Folgen der Einschränkung und Stilllegung von Betrieben müssen die deutschen Zeitungsverleger ebenso ablehnen, wie die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Verantwortung dafür tragen allein diejenigen, die diese Zustände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß Presse und Pressefreiheit willkürlich zugrunde gerichtet werden.

Reichstag.

Berlin, 15. März.

Der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Byromont mit Preußen wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

In der Beratung verlangte Abg. Könen (Komm.), daß endlich mit der Kleinstaaterei Schluß gemacht werde und fordert eine großzügige Vorlage auf Zusammenlegung der Landesteile.

Abg. Koch (Dem.) gibt dem Wünsche Ausdruck, daß auch der Waldeck'sche Gebietsteil gleich hätte mit übernommen werden sollen, da tatsächlich die ganze Waldecker Verwaltung bereits in preussischen Händen sei.

Abg. Dr. Kahl (D.Vp.) und Abg. Neuhaus (D.natl.) stimmten der Vorlage ebenfalls zu, meinten aber, daß noch einige wichtige Rechtsfragen im Ausschuß zu klären seien, wogegen Abg. Schulz-Bromberg (D.natl.) namens eines Teils seiner Fraktion erklärte, daß sie der Vorlage auch ohne Ausschußberatung zustimmen werden.

Preuß. Ministerpräsident Braun: Durch eine längere Ausschußberatung würden die gegenseitigen Verträge hinfällig. Die preussische Regierung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung der staatsrechtlichen

